

LINKS BESTIMMT DEN KURS

DIE DEBATTE UM DAS PARTEIPROGRAMM



Ein Tauziehen um einige Programmpunkte ist nicht ausgeschlossen – Plastik in Neckarsulm. Foto: Martin Allgeier

«ÖFFENTLICHE GÜTER ZENTRAL»

STIFTUNGS-VIZEVORSITZENDE GESINE LÖTZSCH ZUR EIGENTUMSFRAGE, ZUM THEMA ÖKOLOGIE, ÜBER BÜNDNISCHANCEN UND DIE DISKUSSIONSKULTUR DER LINKEN

Gesine Löttsch gehört seit dem Jahr 2007 dem Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung an. Sie ist Vizefraktionschefin der LINKEN im Bundestag und kandidiert für den Vorsitz der Partei. Dieter Klein und Henning Heine sprachen mit ihr über den Entwurf für das Grundsatzprogramm der LINKEN.

Wie beurteilst du die Programmdebatte nach den ersten Wochen?

Löttsch: Ich möchte mich bei allen Mitgliedern der Programmkommission bedanken, dass sie diese lange Arbeit ausgehalten und dem Entwurf letztendlich einheitlich zugestimmt haben – trotz unterschiedlicher Bauchschmerzen, die sie dabei wahrscheinlich hatten. Das ist eine große Leistung. Die Diskussion ist in vollem Gange – nicht zuletzt dadurch befördert, dass Freunde, Mitglieder sowie

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung große Artikel zu einzelnen Themen geschrieben haben und schreiben. Es fiel ja auf, dass einige Leute sofort nach Veröffentlichung schon eine ziemlich abschließende Meinung hatten. Das hat sich geändert.

Wie ist die Resonanz an der Basis?

Löttsch: Sie sagt: Gut, dass der Entwurf vorliegt. Sie begrüßt, dass die Eigentumsfrage eine so große Rolle spielt. Auch über die Unternehmensbeteiligung wird intensiv diskutiert.

Was interessiert die Diskutierenden dabei insbesondere?

Löttsch: Vor allem, wie es konkret funktionieren soll, wie wir unsere Vorstellungen realisieren wollen. Bei der Unternehmensbeteiligung geht es den Leuten darum, welches Risiko sie in kritischen

Situationen zu tragen hätten. Aber sie fragen auch: Wie lässt sich vergesellschaftetes Eigentum auf gesetzlichem Wege erreichen? Da lohnt der Blick ins Grundgesetz. Es schreibt ja nicht fest, dass wir im Kapitalismus leben und uns einer neoliberalen Politik unterwerfen müssen. Eigentum verpflichtet – und gerade das wird derzeit gern von der Bundesregierung übersehen. Die konkrete Umsetzung der Eigentumsfrage ist: Wem gehört was, wer kann welche Güter nutzen und welche Güter sind öffentlich? Das ist zentral und auch eine ganz praktische Frage, wie wir gerade bei der Privatisierung von Seen in Ostdeutschland erleben.

Welche kritischen Rückmeldungen hörst du?

Lötzsch: Es gibt das Bedürfnis, etwa Fragen des sozialökologischen Umbaus und der Nachhaltigkeit genauer zu beschreiben und ihnen mehr Gewicht zu geben.

Plädierst du auch dafür, diese Punkte auszubauen?

Lötzsch: Ich kann mir vorstellen, dass es dazu noch viele Vorschläge geben wird. Wir sollten über die Partei hinaus mit Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern diese Fragen und den Entwurf weiterdiskutieren. Die Herausforderung ist zudem: Schreiben wir dazu etwas, nur weil es modern klingt oder können wir auch wirklich etwas Konkretes erreichen? Es ist immer gut, wenn man auf erfolgreiche Projekte verweisen kann. In Berlin gibt es die Idee von Wirtschaftssenator Harald Wolf, einen kommunalen Energieversorger auf der Grundlage erneuerbarer Energien aufzubauen. Es muss uns gelingen, die Programmdiskussion mit den alltäglichen Problemen der Menschen zu verbinden. Es gibt doch nichts praktischeres als ein gutes Programm.

Wie soll der Entwurf so weiterentwickelt werden, dass das Innovative eines linken Gesellschaftsprojekts deutlich hervortritt? Was kann DIE LINKE an Neuem und Modernem bieten?

Lötzsch: Bei der Programmvorstellung wurde ja gesagt: Wir sind die Partei, die eine demokratische, soziale und ökologische Erneuerungsbewegung sein will. Insbesondere die Frage der Demokratie muss ganz neu und anders diskutiert werden. Wir sind eine Gesellschaft mit vielen demokratiefreien Räumen. Sie zu demokratischen Räumen zu machen, sollte unsere Partei auszeichnen. Selbstverständlich kann jeder zur Wahl gehen und wir haben freie, gleiche, geheime Wahlen. Aber Großspender können sich eine ihnen genehme Politik bestellen. Unternehmerverbände arbeiten hart daran, die Wirtschaft bestimmter demokratischer Regeln zu entledigen. Die Demokratiedefizite sind an den Arbeitsplätzen immer mehr spürbar. Hinzu kommt, dass Menschen, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten, nicht einmal ihre wenigen demokratischen Rechte nutzen können oder wollen. Richtig frei ist man nur, wenn man eine materielle Basis für sein Leben hat und darüber auch mitentscheiden kann. Da kommt dann wieder die Idee des kollektiven Eigentums an Unternehmen hinzu.

Sozialismus wird in der Programmkommission einerseits vorrangig als Eigentumsordnung aufgefasst. Andere heben hervor, dass dessen innerster Kern die Persönlichkeitsentfaltung sein sollte, dass individuelle Freiheit und sozialökologischer Umbau im Zentrum stehen. Was werden künftig die Leitideen linker Programmatik sein?

Lötzsch: Demokratischer Sozialismus ist für mich in einem Satz: Wir streben die Gesellschaft der Freien und Gleichen an, die in Solidarität und Würde miteinander leben können. Ohne Eigentum, ohne Verfügung darüber, ohne Beteiligung daran kann man nicht frei sein. Die Balance zwischen Demokratie, Freiheit und sozialen Rechten ist das Wesentliche. Man muss aufpassen, dass man die sozialen Rechte

nicht abkoppelt von der Teilhabe an der Gesellschaft insgesamt. Das ist ja immer eine Diskussion in der Partei: Geht es nur ums Soziale? Oder wie kann man Soziales und Teilhaberechte, also Demokratie, miteinander verbinden? In den grundlegenden Passagen des Programmentwurfs ist diese Verbindung gut gelungen.

Im Entwurf gibt es einen starken Fokus auf Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Eine linke Partei muss aber auch libertäres, feministisches, ökologisches Denken im Auge haben – die Interessen jener Schichten, denen es gar nicht so schlecht geht. Ist das schon befriedigend in dem Entwurf vorgestellt?

Lötzsch: Der Ansatz, dass man sich nur um die kümmert, denen es «besonders schlecht geht», trägt sowieso nicht. Es gibt eine interessante Studie amerikanischer Wissenschaftler. Sie haben festgestellt, dass in Ländern mit den größten sozialen Unterschieden auch die Probleme in allen Schichten am größten sind – sowohl bei den Ärmsten als auch in den oberen Schichten. Denn auch der Stress, den sozialen Status zu halten, ist dort viel größer als in Gesellschaften, in denen die sozialen Gräben nicht so weit auseinanderklaffen. Verbesserung für die «unten» führt somit auch zum besseren Leben für die, die sozial darüber stehen. Sozialer Ausgleich ist auch für die Bessergestellten gut. Das empfinde ich als eine wichtige Argumentationslinie, die wir in der Partei vertiefen müssten. Auch bei den Freiheitsgütern gilt, dass wir direkt am Leben der Menschen anknüpfen müssen. Wenn von Feminismus die Rede ist: Was heißt das konkret für die Verkäuferin bei Lidl? Wenn es um den Arbeitsprozess geht: Was heißt das konkret für den Ingenieur bei EADS? Freiheit und libertäres Denken: Was heißt das für das persönliche Leben?

Wie kann DIE LINKE für Intellektuelle attraktiver werden?

Lötzsch: Auch im Wissenschafts- und Kunstbereich gibt es viele Menschen, die keine sichere Lebensperspektive haben, die in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiten und sich von einem Auftrag zum nächsten hangeln. Aber ich denke auch an Ingenieure in großen Konzernen, die ein ordentliches Gehalt bekommen und sich die Frage stellen, ob ihre Kinder in dieser Gesellschaft gut aufgehoben sind, ob es wirklich gut ist, dass sie selbst immer mehr der Willkür der Finanzmärkte ausgesetzt sind. Mit dem Programmtext

Gesine Lotzsch: «Am Leben der Menschen anknüpfen.» Foto: Agentur Fox



haben wir eine gute Grundlage, um mit Akademikerinnen und Akademikern ins Gespräch zu kommen. Da ist die Rosa-Luxemburg-Stiftung besonders gefragt.

Sozialismus als Prozess vieler Schritte und Brüche – welches Gewicht misst du dem Gedanken der Transformation bei?

Lötzsch: Er ist mir sehr nahe. Aber wir müssen ihn so übersetzen, dass die Leute sagen: Das ist eine tolle Sache, da können wir mitmachen. Uns muss klar sein, dass viele Leute denken: Wenn die Linken von Transformation sprechen, von demokratischem Sozialismus, von Veränderung – dann haben sie irgendwelche unlauteren Experimente vor. Das ist uns ja häufig vorgehalten worden. In der Adenauer-Ära hieß die Losung «Keine Experimente», im Volkskammer-Wahlkampf 1990 «Keine sozialistischen Experimente». Das ist eine Herausforderung, dass man zeigen kann: Auf dem Weg zu Demokratie, Nachhaltigkeit, Ökologie, sozialökologischem Umbau geht die Transformation in die richtige Richtung.

An der Passage zu Regierungsbeteiligungen hat es teils heftige Kritik gegeben. Welche Position hast du dazu?

Lötzsch: Es wird häufig nur über die vermeintlich vielen Einschränkungen diskutiert. Man kann das aber auch mal anders herum sehen. Zum ersten Mal hat eine Programmkommission aufgeschrieben, dass eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene eine denkbare Option ist. Das halte ich für einen wichtigen Fortschritt. Ich bin auch nicht der Ansicht, dass wir uns in Berlin und Brandenburg nicht an einer Regierung beteiligen dürften. Dort haben wir uns auf keinen Fall in Gegensatz zum Programmwurf begeben. **Wie lässt sich das «linke Bündnis für den politischen Richtungswechsel» formen?**

Lötzsch: Über konkrete Projekte und Zusammenarbeit. Es wäre ja gut, wenn wir endlich den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn erreichen würden. Es gab dazu in der vergangenen Legislaturperiode eine rechnerische Mehrheit im Parlament. Aber sie ist nicht in politisches Handeln umgesetzt worden. Jetzt haben wir den Kampf gegen die Kopfpauschale im Gesundheitswesen. Das ist eine Möglichkeit, verschiedene Interessengruppen und Parteien zusammenzuführen. Die SPD hat es sich jetzt immerhin auf die Fahne geschrieben, gegen die Kopfpauschale aufzutreten. Die Grünen dagegen sind wohl noch ein wenig unentschieden. Bündnisse müssen aber auch gesellschaftlich getragen werden. Man muss klassisch mit Gewerkschaften diskutieren, mit Gewerkschaftsfunktionären, mit Vertretern von anderen Bewegungen. Aber wir sollten uns auch auf Leute konzentrieren, die unabhängig von Organisationen tätig sind.

Wie geht es nun weiter?

Lötzsch: Der entscheidende Punkt ist, dass wir über viele Themen des Entwurfs vertieft diskutieren. Dafür haben wir anderthalb Jahre Zeit. Wenn noch das eine oder andere im Entwurf hinzukommt und präzisiert und verändert wird, ist das ja nicht verkehrt. Vor allem aber: Wir dürfen nicht im eigenen Saft schmoren und sollten möglichst viele Menschen auch außerhalb der Partei zur Debatte einladen. Das ist eine wichtige Aufgabe. Wenn jemand, der nicht zur Partei gehört, sagt: Die haben wenigstens mal neue Ideen, haben Diskussionskultur, da will ich dazugehören – dann wäre das ein gutes Ergebnis.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

DIETER KLEIN IST FREIER MITARBEITER DES INSTITUTS FÜR GESELLSCHAFTS-ANALYSE, HENNING HEINE IST MITARBEITER MEDIENARBEIT UND KOMMUNIKATION DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG